

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Deutschlandticket dauerhaft sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine unbefristete Fortführung des Deutschlandtickets einzusetzen und dessen Finanzierung aus eigenen Haushaltsmitteln mitzutragen.

Begründung:

Das Deutschlandticket ist ein Erfolgsmodell: 13 Millionen Menschen nutzen das Ticket dauerhaft. Es hat nachweislich mehr Menschen dazu bewegt, von PKW auf Bus und Bahn umzusteigen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass ab 2026 Schluss damit ist. Staatsminister Christian Bernreiter, der auch Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz ist, hat sich laut Meldung der dpa vom 10.02.25 erneut dafür ausgesprochen, dass der Bund die Finanzierung des Deutschlandtickets selbst tragen soll. Ähnlich sah er dies in einem Interview mit der SZ vom 14.01.25, in welchem er sich gleichzeitig als „Retter des Deutschlandtickets“ betitelte - ein Retter, der keinen Cent bayerischer Mittel zur Rettung des Deutschlandtickets beisteuern will. Der Bund soll also nach Ansicht der Staatsregierung das Ticket ohne Hilfe der Länder finanzieren.

Viele Experten, Interessenverbände und auch Verkehrsminister anderer Länder haben schon lange die große Bedeutung des Tickets anerkannt und fordern dessen gesicherte Fortführung. Die Verkehrswende braucht ansprechende Angebote für den ÖPNV. Der bisherige Erfolg des Deutschlandtickets macht deutlich, dass der Preis dabei eine entscheidende Rolle spielt. Trotz des Namens „Deutschlandticket“ ist es auch nicht nur eine Angelegenheit des Bundes, sondern betrifft die Länder und natürlich auch Bayern ganz direkt. Das Deutschlandticket kann bekanntermaßen auch im ÖPNV und SPNV genutzt werden. Für die Finanzierung des SPNV ist der Freistaat zuständig und für die Finanzierung des ÖPNV sind Freistaat und Kommunen zuständig. Als Aufgabenträger trifft ihn aber auch die Finanzierungsverantwortung für Ausgleichsbedarfe. Zudem muss man sich vor Augen halten, dass ein Ende des Deutschlandtickets auch das Aus für das bayerische Ermäßigungsticket für Auszubildende, Studierende und Bundesfreiwilligendienstleistende bedeuten würde.

VorAn - Dokument - ID: 190147 zuletzt geändert von Stapfer, Jacqueline am 17.02.2025 - 8:33

SPD

Status: fraktionsöffentlich seit 14.02.2025 - 14:50

1

Ersterfasser: Sabine Gross

Das Fortbestehen des Deutschlandtickets unterstützt den Freistaat auch bei der Erreichung seiner Klimaziele. Rund ein Fünftel aller Treibhausgase stammt aus dem Straßenverkehr, 13 % davon verursachen PKWs. Der Verkehrssektor hat auch 2023 wieder sein Klimaziel gerissen - das dritte Jahr in Folge. Eigentlich hatte der Freistaat das Ziel, die Treibhausgasemissionen je Einwohner bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 um 65 % zu senken. Dazu braucht es aber die Verkehrswende. Für den dauerhaften Umstieg vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel sind vor allem auch finanzielle Anreize wie das Deutschlandticket notwendig. Abgesehen davon ist eine langfristig gesicherte Finanzierung des Deutschlandtickets auch für die Verkehrsverbände und Kunden enorm wichtig. Die ungewisse Zukunft des Tickets hemmt sowohl das Vertrauen von Kunden als auch die Investitionsbereitschaft privater Verkehrsunternehmen. Laut einer bundesweiten, repräsentativen Telefonumfrage des Meinungsforschungsinstituts Verian im Auftrag von Greenpeace am 13.12.24 befürworten 86 % der Befragten eine sichere Finanzierung des Deutschlandtickets, bei den Unterstützern von CDU/CSU lag der Wert bei 85 %. Zudem trägt das Deutschlandticket einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und sozialen Teilhabe bei, indem es breit gefächerte Mobilitätsangebote für mehr Menschen bezahlbarer macht. Jährliche Verhandlungen über die Zukunft dieses Angebots, das so dringend benötigt wird und bei den Bürgern auf große Resonanz stößt, sind kontraproduktiv.

Bayern muss sich für eine langfristige Zukunft des Deutschlandtickets einsetzen und selbstverständlich eigene finanzielle Mittel hierzu bereitstellen. Ein Verlust dieses wichtigen Angebots muss unter allen Umständen verhindert werden.